

Lost in Democratic Transition?

Political Challenges and Perspectives for Young People in South East Europe.
Results of Representative Surveys in Eight Countries.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie

1. Unzufriedenheit mit demokratischen Institutionen

Ein sehr großer Anteil von durchschnittlich 38 Prozent der jungen Leute in Südosteuropa ist unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie in ihrer Heimat, nur 17 Prozent äußern sich zufrieden; die übrigen Befragten zeigen sich indifferent oder sehen sich nicht in der Lage zu antworten. Die größte Kluft besteht in Mazedonien und Slowenien: In Mazedonien äußern sich lediglich sechs Prozent zufrieden mit dem Zustand der Demokratie und 44 Prozent unzufrieden, in Slowenien sind acht Prozent zufrieden und beinahe Zweidrittel der Jugendlichen unzufrieden. In Albanien, dem Kosovo und Kroatien ist diese Kluft geringer.

Tabelle 1. (Un)Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in ihren Ländern; die Antworten »sehr« und »ziemlich« wurden jeweils zusammengefasst.

	ALB	B-H	BG	KRO	KOS	MZ	RU	SL	Mittelwert
Zufrieden	24,1	18,4	12,0	25,7	24,3	6,2	18,3	7,9	17,1
Unzufrieden	27,8	36,3	46,0	21,0	23,8	44,5	43,9	59,8	37,9

Diese weitverbreitete Unzufriedenheit spiegelt sich in dem überaus geringen Vertrauen wider, das Jugendliche in Südosteuropa den demokratischen Institutionen ihrer Heimatländer entgegenbringen. Am wenigsten vertrauen sie den politischen Parteien; der entsprechende Anteil beträgt durchschnittlich lediglich 15 Prozent. Besonders gering ist dieser Wert in Rumänien (5,5 Prozent) und Slowenien (8,6 Prozent), und selbst in Mazedonien, unter dessen Jugendlichen die Parteien das höchste Vertrauen in den untersuchten Ländern genießen, liegt dieser Wert lediglich bei 27 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Einstellung junger Leute gegenüber den Parlamenten und Regierungen ihrer Länder: Im Durchschnitt vertraut nur rund ein Fünftel diesen Institutionen. Wieder ist das Vertrauen in Rumänien besonders gering ausgeprägt – dort schätzen lediglich 8,6 Prozent der Jugendlichen die nationale Volksvertretung als vertrauenswürdig ein – und am höchsten im Kosovo, wo etwa ein Drittel der jungen Generation den Parlamentariern vertraut.

Das Vertrauen in die Regierung ist in Rumänien und Slowenien mit jeweils zwölf Prozent am niedrigsten und in Mazedonien am höchsten; dort beträgt der Wert 41 Prozent. Anhaltende demokratische Defizite, einschließlich politischer Polarisierung und wiederkehrender Blockaden haben das Ansehen der politischen Akteure bei den Jugendlichen untergraben. Anstatt sich um das Wohl der Allgemeinheit zu kümmern, so die verbreitete Überzeugung, dienen Parteien und Parlamente zu häufig vor allem den Interessen der politischen Elite: Korruption und Patronage sind weitverbreitet.

2. Geringer Einfluss auf das politische Geschehen

Mehr als zwei Drittel der Jugendlichen sehen die eigenen Ansichten und Interessen in der Politik nicht oder nur unzureichend beachtet. Gerade einmal ein Fünftel fühlt sich in dieser Hinsicht angemessen vertreten. Diese Kluft ist in Rumänien und Kroatien besonders dramatisch, wo sich lediglich rund zehn Prozent der Jugendlichen in der Politik repräsentiert fühlen, während jeweils knapp achtzig Prozent angeben, ihre Interessen spielten für Parlament und Regierung keine Rolle. Dementsprechend gering ist auch der Anteil der jungen Menschen, die davon ausgehen, sie könnten die politischen Prozesse in ihrem Land beeinflussen. Durchschnittlich glaubt nur rund ein Viertel der südosteuropäischen Jugendlichen, dies sei ihnen auf nationaler Ebene möglich, mit Blick auf die lokale Ebene sind die Befragten nur wenig optimistischer.

Tabelle 2. Anteil der Jugendlichen, die glauben, Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

	ALB	B-H	BG	KRO	KOS	MZ	RU	SL	Mittelwert
auf nationaler Ebene	40,4	15,6	22,7	17,4	41,0	30,9	25,7	14,4	26,0
auf lokaler Ebene	50,8	17,5	23,8	19,3	48,3	38,9	31,6	24,3	31,8

Von allen Ländern scheint die Jugend in den Nicht-EU-Staaten Albanien und Kosovo die größte Sicherheit zu haben, das politische Handeln beeinflussen zu können, während die jungen Leute in den EU-Ländern Kroatien und Slowenien in diesem Bereich ebenso skeptisch sind wie ihre Altersgenossen in Bosnien-Herzegowina.

Als eine Konsequenz aus diesem Gefühl der Machtlosigkeit hat sich ein sehr großer Teil der jungen Generation in Südosteuropa von der Politik entfremdet. Durchschnittlich haben lediglich ein Viertel aller jungen Erwachsenen in Südosteuropa seit ihrer Volljährigkeit an allen Wahlen teilgenommen. Die Wahlbeteiligung junger Menschen ist in Slowenien am niedrigsten (13 Prozent) und in Mazedonien am höchsten (41 Prozent). Und während im Kosovo und in Mazedonien noch mehr als die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen angibt, sich für die nationale Politik zu interessieren, fällt dieser Anteil in Albanien, Bulgarien und Kroatien auf rund 40 Prozent. In Slowenien sowie in Bosnien-Herzegowina ist die Lage noch ernster, dort sind nur rund ein Viertel der jungen Leute an nationaler Politik interessiert. Das Schlusslicht bildet mit 14 Prozent wieder

das EU-Mitglied Rumänien.

Rumänien sowie Bosnien-Herzegowina stellen in dieser Hinsicht allerdings zwei bemerkenswerte Sonderfälle dar: In beiden Ländern ist das Vertrauen in Parteien extrem niedrig, dennoch betätigen sich mehr als doppelt so viele junge Menschen politisch, wie angegeben, an Politik interessiert zu sein oder wählen zu gehen. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch ist darin zu finden, dass Parteien weniger als Instrumente der politischen Teilhabe wahrgenommen werden, sondern in erster Linie als Mittel, um einen Arbeitsplatz zu bekommen oder seine sozioökonomische Position zu verbessern. Daher mögen viele junge Leute die Parteien zwar innerlich ablehnen, betrachten sie aber dennoch als unabdingbares Vehikel für ihr Fortkommen.

3. Wenige Möglichkeiten des politischen Engagements

Es ist bemerkenswert, dass in einigen Ländern Südosteuropas der Anteil junger Erwachsener, die in der Freiwilligenarbeit aktiv sind (Grünflächenpflege, Hilfe für alte oder behinderte Menschen usw.), im umgekehrten Verhältnis zu den jeweiligen Werten der Wahlbeteiligung liegt: In Slowenien etwa, wo unter jungen Menschen die größte Wahlmüdigkeit herrscht, leisten 38 Prozent von ihnen Freiwilligenarbeit – dies ist der Höchstwert in den untersuchten Ländern. In Mazedonien wiederum, wo die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen am höchsten ist, engagieren sich mit 13 Prozent so wenige Heranwachsende in der Freiwilligenarbeit wie in keinem anderen Land. In Rumänien, Bulgarien und im Kosovo scheint die Freiwilligenarbeit etwas populärer zu sein; dort beteiligen sich jeweils etwas über ein Fünftel der jungen Menschen daran. Im Kosovo und in Slowenien sind auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten (Teilnahme an Konferenzen, Seminaren bzw. anderen Formen der informellen Bildung oder sportliches und kulturelles Engagement) sehr viel populärer (46,9 bzw. 27,9 Prozent) als politische Aktivitäten (32,4 bzw. 9,3 Prozent); in den anderen Ländern ist das Verhältnis zwischen politischem Engagement bzw. der Wahlbeteiligung und zivilgesellschaftlicher Beschäftigung ausgeglichener.

Es scheint also, als hätten die jungen Menschen sehr unterschiedliche Wege des sozialen Engagements eingeschlagen. Diejenigen, die von der Politik enttäuscht sind, betätigen sich eher in der Freiwilligenarbeit oder sind zivilgesellschaftlich aktiv, da sie den entsprechenden Institutionen mehr vertrauen als politischen Parteien, den Parlamenten oder den Regierungen. Die Institutionen der Zivilgesellschaft sind weniger mit dem Machtmissbrauch verbunden und werden daher von der Jugend positiver beurteilt. Allerdings bleiben die Heranwachsenden selbst in diesem Bereich skeptisch: In keinem der untersuchten Länder bringt eine Mehrheit von ihnen den Nichtregierungsorganisationen Vertrauen entgegen: Der entsprechende Wert ist relativ hoch im Kosovo und in Slowenien (43 bzw. 44 Prozent), deutlich niedriger in Rumänien (28 Prozent) und besonders gering in Bulgarien (16 Prozent).

Generell lässt sich feststellen, dass junge Menschen ein größeres Vertrauen in solche Institutionen haben, die eine Kontrollfunktion ausüben, insbesondere in die Medien und die Justiz, als in solche mit exekutiven Funktionen. Das Vertrauen in die Medien ist im Kosovo und in Albanien am höchsten (jeweils über 50 Prozent), das Vertrauen in die Justiz im Kosovo und in Mazedonien (jeweils 44 Prozent). Schon diese Zahlen deuten allerdings an, dass auch die Zustimmungsraten zu Medien und Justiz (ebenso wie zu den Nichtregierungsorganisationen) bestenfalls relativ besser sind als die zu den politischen Institutionen. In Rumänien etwa vertraut nur knapp ein Drittel der Jugendlichen den Medien, in Bulgarien sieht gerade mal ein Fünftel die Justiz als vertrauenswürdig an.

Weitere Institutionen, denen Jugendlichen überdurchschnittlich viel Vertrauen entgegenbringen, unterschieden sich von Land zu Land. Im Kosovo sind dies religiöse Führer, in Kroatien ist es die Polizei, in Bulgarien der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, in Mazedonien die Europäische Union und in Slowenien sind es die Bildungseinrichtungen. Den Gewerkschaften bringt in Südosteuropa nur durchschnittlich 30 Prozent der jungen Menschen Vertrauen entgegen; der entsprechende Anteil ist am höchsten in Mazedonien und im Kosovo (46 bzw. 40 Prozent) und am niedrigsten in Rumänien und in Bulgarien (15 bzw. 11 Prozent).

4. Desillusionierung über die EU

Besonders beunruhigend sind die Erkenntnisse der Jugendstudien darüber, wie sich die EU-Status eines Landes auf die Einstellung der heranwachsenden Generation zur europäischen Integration auswirkt, sowie auf ihre Bereitschaft, sich für die Demokratisierung ihres Heimatlandes zu engagieren. So äußern sich die Jugendlichen in Anwärterstaaten und Beitrittskandidaten positiver zur EU als Jugendliche in EU-Mitgliedsländern. Besonders hohe Zustimmungswerte erzielt die EU in dieser Altersgruppe in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien (73 bis 88 Prozent), in Bosnien-Herzegowina denkt immerhin noch mehr als die Hälfte der Jugend positiv über die Union, in den EU-Mitgliedsländern Bulgarien und Kroatien hingegen sehen nur noch etwas über 40 Prozent die Union als vorteilhaft an, und im Euro-Land Slowenien fällt dieser Anteil auf gerade einmal ein Drittel.

Die meisten Jugendlichen in den Anwärter- und Kandidatenländern haben hohe Erwartungen an die europäische Integration und glauben, sie würden durch die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder profitieren, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht und bezüglich der Freizügigkeit. Die Jugend in den Mitgliedstaaten erkennt derweil zwar an, dass die Integration ihrer Heimatländer in die EU einige Vorteile gebracht hat, zeigen sich aber überwiegend enttäuscht, dass sich ihr Lebensstandard, die Beschäftigungssituation und die wirtschaftliche Lage nicht so verbessert haben, wie erwartet. Stattdessen haben die EU-Länder Südosteuropas zuletzt Jahre der wirtschaftlichen Stagnation durchlebt, während die nationale Politik stark von den in Brüssel getroffenen Entscheidungen beeinflusst wurde. All dies hat viele zweifeln lassen, ob der EU-Beitritt eine gute Idee war, was sich an deutlich geringeren Zustimmungsraten für die EU seitens der Jugendlichen ablesen lässt.

In Bulgarien nennt beispielsweise lediglich ein Drittel der Befragten die neuen Reisemöglichkeiten oder die verbesserten Minderheitenrechte als eine positive Folge des EU-Beitritts, und in Kroatien sehen viele Jugendliche bereits jetzt, obwohl ihr Land erst 2013 EU-Mitglied wurde, negative Auswirkungen dieses Schrittes: Kroatien sei zu abhängig von Brüssel, werde wirtschaftlich ausgebeutet und mache kaum Fortschritte. Nur knapp ein Drittel der kroatischen Jugendlichen spricht den EU-Institutionen das Vertrauen aus, während 21 Prozent ihnen misstrauen. Am beunruhigendsten ist die Situation in Slowenien, wo mehr als Zweidrittel der Jugendlichen glauben, der EU-Beitritt habe sich negativ auf die Wirtschaft ausgewirkt, und der Meinung sind, die nationale Politik leide unter der EU-Integration. 45 Prozent sprechen sich sogar für einen Austritt Sloweniens aus der Eurozone und der EU insgesamt aus. Diese Unzufriedenheit lässt auch die Bereitschaft der Jugend sinken, sich für den politischen Wandel einzusetzen. Enttäuscht von den heimischen Akteuren und desillusioniert über die EU erweisen sich die Jugendlichen in den Mitgliedsländern deutlich passiver in ihrem politischen Engagement.

Eine weitere Schwäche der Jugend in Südosteuropa besteht darin, dass sie kaum in der Lage sind, Sozialkapital aufzubauen, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden oder Verkrustungen aufzubrechen. Die Jugendlichen in diesen Länder bleiben sehr stark auf Verwandte, Freunde und

Kollegen fokussiert, schon ihren Nachbarn bringen sie weit weniger Vertrauen entgegen; noch größer ist die innere Distanz zu Menschen, die einen anderen Glauben und andere politische Überzeugungen haben als sie selbst. Zugleich ist die Jugend in Südosteuropa nur bedingt in der Lage, soziale oder kulturelle Unterschiede zu akzeptieren. Auf die Frage, wen sie gern als Nachbarn hätten, ziehen die befragten Jugendliche Familien aus Westeuropa denen aus der Region vor und bevorzugen Studenten oder Rentner als Nachbarn gegenüber Roma-Familien oder Schwulen.

Diese Untersuchungsergebnisse stellen die verbreitete Vermutung in Frage, Heranwachsende seien progressiver und toleranter eingestellt als ihre Eltern und Großeltern; vielmehr scheinen viele Jugendliche ausgesprochen konservative Einstellungen zu pflegen. So sehen etwa durchschnittlich 90 Prozent von ihnen ihre religiöse Zugehörigkeit als einen zentralen Teil ihrer Persönlichkeit an, und in einigen Ländern wie etwa Kroatien erklären rund Zweidrittel der jungen Menschen, sie glaubten an die Existenz von Himmel und Hölle. In jedem der untersuchten Länder ist es den Jugendlichen am wichtigsten, ihre persönliche Würde zu bewahren, an zweiter Stelle steht der Wunsch, Karriere zu machen. Fragen der Ehre und des Individualismus haben für junge Menschen in Südosteuropa somit eine größere Bedeutung als die Werte der Toleranz und der Kooperation. Hier zeigen sich die Auswirkungen des permanenten Umbruchs einerseits und des Fortlebens tradierter nationalistischer und autoritärer Tendenzen andererseits, mit denen diese Generation aufgewachsen ist. Angesichts fehlender demokratischer Traditionen und Vorbilder haben viele Jugendliche sozial konservative Werte ihrer Umwelt übernommen. Sofern sie nicht mit neuen, fortschrittlichen Ideen in Kontakt kommen, werden sie weiterhin vorrangig von dem sozialen Umfeld geprägt werden, in dem sie leben.

5. Hohe Emigrationsbereitschaft

Die größte Bedrohung für die Zukunft Südosteuropas ist jedoch der drohende Verlust eines großen Teils der Jugend. Die Region weist ohnehin schon eine ungünstige demografische Entwicklung auf, die vorliegenden Studien zeigen nun, dass darüber hinaus in allen Ländern viele Jugendliche erwägen, ihr Land zu verlassen – besonders dramatisch stellt sich die Situation in Albanien und im Kosovo dar.

Tabelle 3. Anteil der Jugendlichen in Ländern Südosteuropas, die ihr Land »sehr wahrscheinlich« oder »ziemlich wahrscheinlich« verlassen wollen.

	ALB	B-H	BG	KRO	KOS	MZ	RU	SL	Mittelwert
Anteil in Prozent	66,7	49,2	42,5	26,7	55,1	52,8	39,9	30,8	45,5

Gefragt nach den Hauptgründen für die Auswanderungsabsicht, haben die meisten Befragten angegeben, sie wollten ihren Lebensstandard verbessern sowie die Beschäftigungs- oder Ausbildungschancen im Ausland nutzen. Die stärkste Anziehungskraft üben die Länder Westeuropas, allen voran Deutschland, gefolgt von der Schweiz, Großbritannien, Österreich und Italien, auf die Emigrationswilligen aus, obwohl es natürlich in den einzelnen südosteuropäischen Ländern unterschiedliche Präferenzen gibt. Ungeachtet der Enttäuschung über die Auswirkungen

der EU-Mitgliedschaft ihrer Heimatländer sehen die meisten Jugendlichen in Südosteuropa ihre Zukunft also innerhalb der Europäischen Union – neben den bestehenden persönlichen Netzwerken (Freunde oder Familienangehörige, die bereits in den Zielländern wohnen), werden die Emigrationswünsche auch durch die Ausbildungsprogramme der EU geprägt. Bei manchen der jungen Leute mag ein entsprechender Auslandsaufenthalt die Bereitschaft gefördert haben, ihre Heimat dauerhaft zu verlassen.

Vollständige Studie

Sie finden die vollständige Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auf der [Webseite der Hertie School of Governance](#) (auf Englisch).

Kontakt

Presseanfragen: Regine Kreitz, Head of Communications, Tel.: 030 / 259 219 113,

Fax: 030 / 259 219 444, E-Mail: pressoffice@hertie-school.org, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin.

Stand: 8. Juli 2015